

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-kr

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

17.09.14

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Finanz- und Rechtsausschuss</b>	22.09.2014	Beratung	öffentlich
<b>Hauptausschuss</b>	29.09.2014	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	29.09.2014	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Digitaler Rat

- Bereitstellung von digitalen Sitzungsunterlagen
- Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten Lev vom 10.09.14 zur Vorlage Nr. 2014/0100
- Stellungnahme der Verwaltung vom 17.09.14 (Anlage)

011-09-00-sc  
Carsten Scholz  
☎ 88 86

17.09.14

01

- über Herrn Oberbürgermeister Buchhorn

gez. Buchhorn

### **Digitaler Rat**

- **Bereitstellung von digitalen Sitzungsunterlagen**
- **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten Lev vom 10.09.14**
- **Nr. 2014/0175**

1. Die Stadt Leverkusen setzt seit 2009 das Ratsinformationssystem Session der Firma Somacos ein. Da die Software Session sich beim Einsatz bewährt hat, wurde ein kosten- und zeitaufwändiger Wechsel des Systems nicht in Betracht gezogen. Somit kam nur eine App infrage, die für die Nutzung der Software Session entwickelt wurde. Die App für iPads ist bereits seit über 2 Jahren von der Firma Somacos für den Einsatz freigegeben, während die App für Android-Geräte erst kürzlich entwickelt wurde. Dies und die weiteren in der Vorlage Nr. 2014/0100 aufgeführten Vorteile bezüglich der Datensicherheit und Bedienerfreundlichkeit haben zu der Entscheidung geführt, die Nutzung von iPads und der entsprechenden Apps zur Verwendung vorzuschlagen.

2. Es wurde bewusst zunächst eine Probephase für eine begrenzte Anzahl der Mandatsträger vorgeschlagen, um Erfahrungen im Umgang mit der App zu sammeln und möglicherweise Anpassungen vornehmen zu können. Da die Mitglieder des Rates auch in großer Zahl in den Ausschüssen vertreten sind, ist aus Sicht der Verwaltung eine weite „Streuung“ der Geräte gewährleistet. Da die Geräte und die Software über 5 Jahre geleast werden, fallen bei einer Entscheidung, das Projekt nach der Probephase nicht weiterzuführen, für die Jahre 2016 bis 2019 weiterhin Kosten an. Sollte die Probephase, wie von der Fraktion Freie Demokraten Lev beantragt, auf alle Gremienmitglieder ausgeweitet werden, würden diese jährlichen Kosten von ca. 26.000 € auf ca. 50.000 € steigen.

gez. Molitor